SPERRE

Nr. 2 /88

MÜNSTERANER ARBEITSLOSENZEITUNG

Die Gesundheitsreform

SPERRE

Nr. 2 /88

MÜNSTERANER ARBEITSLOSENZEITUNG

Die Gesundheitsreform

SPERRE

Nr. 2 /88

2. Bundeskongreß

der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut

17.–19. Juni 1988
Düsseldorf 12
Gesamtschule Kikweg

WEIHNACHTSBUTTER

haben die zwerge zu wenig futter,
verteilen die reichen weihnachtsbutter.

diese stammt von dem butterberge,
schlange stehen die kleinen zwerge.

kommen sich teuflisch armselig vor.
im fernsehen singt der politikerchor

die mär vom sozialstaat brd
wieviel man doch für die armen tät!

die bosse gehn in die kirche und beten
und danken dem eg-kartell,
daß es gehandelt hat so schnell

durch verteilung der butter
als almosenfutter
an die ärmsten der armen
in dieser republik

sie erhielten die butter
als maschinenschmiermittel
für ihre fabrik

die zwerge rülpsen noch ganz benommen
doch hundert haben sich erhängt
die butter ist ihnen nicht bekommen!

A.F.

Impressum:

Herausgeber:
Arbeitslose brauchen Medien e.V.
Adresse:
Achtermannstr. 7, 4400 Münster
Tel. 0251/61 11 21
Redaktion:
Norbert Attermeyer, Susanne Beck, Anne Hentrei, Liane Sommer, Hermann Wirmer (V.i.S.d.P.)
Weitere Mitarbeiter:
Paul Demel, Andreas Fox-Lehmann, Gabi Schlüter, Roswitha Schroll, Wolfgang Utsch, Arnold Vosskamp
Fotos:
Theo Heimann ("Gegenlicht"), privat
Druck:
Druckhaus Fahle
Auflage:
5.000
Konto:
Bank f. Gemeinwirtschaft
Kto-Nr. 10 2121 3400
BLZ 400 101 11

Diese Ausgabe wurde vom Netzwerk Münsterland gefördert.

Hammer

Blüm und Stoltenberg greifen zu

Mit einer Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und Leistungseinschränkungen sollen die drohenden Defizite der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ausgeglichen werden – darauf haben sich vorige Woche Arbeitsminister Norbert Blüm und Finanzminister Gerhard Stoltenberg geeinigt. Die Beschlüsse, die in dieser Woche von einer erweiterten Koalitionsrunde gebilligt werden sollen, beenden ein Kapitel besonderen Mißmanagements in Bonn.

Durch Kostenverlagerung auf die Arbeitslosenversicherung haben Blüm und Stoltenberg in den vergangenen Jahren den Bonner Etat entlastet, um ihr Kindererziehungsgeld an die Frauen der Jahrgänge vor 1921 zu finanzieren. Nachdem die Rücklagen der Nürnberger aufgebraucht sind, fehlen in diesem Jahr mindestens eine Milliarde, im nächsten über fünf Milliarden Mark für die Arbeitslosen.

Das Loch dieses Jahres, so die Einigung, muß Stoltenberg aus Steuermitteln stopfen. Vom 1. Januar 1989 an steigt dann der Beitrag um 0,5 auf 4,8 Prozent des Bruttoarbeitslohns. Zusätzliche Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber: 3,575 Milliarden.

940 Millionen Mark sollen Leistungseinschränkungen und zusätzliche Belastungen bringen. So wird die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, wenn der Arbeitslose krank wird und die Kasse zahlt, nicht mehr um diese Zeit verlängert.

Arbeitnehmer, die bisher vom 63. Lebensjahr an von den Arbeitslosenbeiträgen befreit waren, müssen wieder bis zur Verrentung zahlen.

Gespart wird auch bei Umschulung und bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bei Trainingslehrgängen und Lohnzuschüssen. Außerdem muß die Bundesanstalt für Arbeit selber 600 Millionen Mark zusammenkratzen. Summe: 5,115 Milliarden Mark.

DER SPIEGEL, Nr. 23/1988

Gesundheitsreform

Der schwarze Tod eines fast sozialen Gesundheitswesen

Wieder einmal hat sich die Bonner Wendekoalition auf ein umfassendes "Reform"-Werk geeinigt, das am nächsten Jahresanfang in Kraft treten soll:
Reformiert" werden soll die Struktur des Gesundheitswesens. Hierfür wird laut und stetig die Reklametrommel gerührt wie noch vor Kurzem für die "größte Steuerreform aller Zeiten" vom Großen Klaren aus dem Norden. (SPERRE 4/87).

Nun strahlt uns Norbert Blüm von vielen Litfaßsäulen entgegen und wünscht "Gute Besserung!" Gute Besserung? Für wen?
In der Tat läßt eine Reform nach ursprünglicher Wortbedeutung Verbesserungen bzw. Erleichterungen für die meisten Betroffenen erwartn. Die Notwendigkeit einer entsprechenden Therapie für das Gesundheitswesen ist für die meisten Versicherten durchaus einsehbar. Die enorm gestiegenen Ausgaben für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte, Zahnersatz etc. lasen nur eine Diagnose zu: Das Gesundheitswesen ist krank.

Welche Therapie wird ihm nun verordnet?
Die Kosten im Gesundheitswesen sollen gedämpft werden. Vollblümig versprach der Werkzeugmacher noch im vergangenen Dezember, daß jeder Versicherte das medizinisch Notwendige dennoch ohne Zuzahlung bekommen soll.
Sein **Werkzeugkasten** sieht jedoch folgendermaßen aus:
1. **Hammer:** Kürzung der Zahnersatzzuschüsse hauptsächlich Rentner betreffend). Hierfür sollen Festbeträge eingeführt werden, die von der Kasse nicht mehr zu 70-80%, sondern nur noch zu 40-60% abgedeckt werden. "Einfacher" Zahnersatz (Amalgan) soll dabei höher bezuschußt werden als "luxuriöser".
2.**Hammer:** Festbeträge für alle wirkstoffgleichen Medikamente 1/3 des Pharmamarktes). Für alle anderen Präparate, für die noch kein Festbetrag definiert wurde, soll der/die Ver(un)sicherte neben einer von DM 2.- auf DM 3.- erhöhten Rezeptgebühr eine prozentuale Selbstbeteiligung entrichten (Einsparung ca: 4oo Mill.).
3. **Hammer:** Festbeträge für Heil- u. Hilfsmittel wie Brillen, Kontaktlinsen, Massagen, Hörgeräte u.ä. Hier soll die Rezeptgebühr auf DM 4.- pro Verordnung steigen, was wiederum besonders Rentner u. Behinderte trifft (Einsparung ca: 1 Mrd).
4. **Hammer:** Beitragsrückerstattung: Wer 1 Jahr lang nicht zum Arzt geht, kriegt bis zu einem Monatskrankenkassenbeitrag zurück.
5. **Hammer:** Krankenfahrten in Richtung Arzt oder Krankenhaus muß der Patient künftig selbst bezahlen, außer in sog. Härtefällen.
6. **Hammer:** Krankenkassenbeiträge für Rentner sollen von derzeit 5,9% auf voraussichtlich 6,7% erhöht werden und die Hälfte des Durchschnittsbeitrages ausmachen.
7. **Hammer:** Streichung des Sterbegeldes außer für spätestens 1938 Geborene.

Hier wird schon klar, daß das Gesundheitswesen auf dem Rücken von Patienten und Versicherten "reformiert" werden soll. Den Patienten scheint Blüm

sowieso nicht zu trauen. Denn die Kassen sollen saniert werden durch mehr Kontrolle. Idealvorstellung ist der gläserne Patient. Die Abrechnungsunterlagen aller Leistungsanbieter müssen künftig maschinenlesbar den Kassen übermittelt werden. Ein medi-z(y)nischer Dienst soll die Vertrauensärzte der Krankenkassen ersetzen und von allen Kassen auf Landesebene getragen werden. Er soll die Notwendigkeit von Behandlungen und Kuren überprüfen und die Versicherten vor "unangemessener" Leistungsinanspruchnahme "bewahren". Hierzu soll ein "versichertenbezogenes Leistungskonto" mehr Transparenz schaffen.
Das wohl originellste und sicherlich eins der schärfsten Kontrollwerkzeuge der Marke Blüm ist die raffinierte Erfindung und Konstruktion der "Teilarbeitsfähigkeit". Damit kann der Arzt einen nicht voll arbeitsfähigen Arbeitnehmer für eine leichtere, evtl stundenweise Beschäftigung "gesund" schreiben.

Zweiklassen-Medizin

Festbeträge sind bisher nur für 1/3 aller Arzneimittel definiert, d.h. die meisten Medikamente sind nur noch durch Zuzahlung zu haben.
Knapp die Hälfte der Zahnersatzkosten von nicht selten DM 3000.- muß der Patient selbst tragen. Welcher Arbeitnehmer oder (Klein-)Rentner kann das schon? Also: Mut zur Zahnlücke?
Die Festbetragsregelung bei Hörgeräten mit höchstens DM 800.- Zuschuß geht in dieselbe Richtung. Zwar soll auch hier das "medizinisch Notwendige" gewährleistet sein. Doch die Geräte dieser Preislage sind a) nicht auf den neuesten Stand, b) leicht als solche zu erkennen. Dazu aber Norbert Blüm in einer Live-Sendung des WDR III: "Für Ästhetik sind wir nicht zuständig."

'Für Solidarität wohl auch nicht'möchte man hinzufügen. Denn wo bleibt der vielbeschworene Solidarbeitrag der Pharma-Industrie? 1,7 Mrd. DM sollte sie zum 14 milliarden "Reform"-Paket beitragen. Das sind nur schlappe 10% der Lasten (90% tragen größtenteils die Versicherten). Es wäre aber immerhin eine kleine Geste derjenigen Industrie gewesen, die sich am Gesundheitswesen gesundstößt. Doch auch hier Fehlanzeige! Diesen Beitrag wird es nicht geben. Die "Reform" wurde inzwischen ohne diesen wichtigen Punkt abgesegnet und ist spätestens damit ein Opfer der Lobby geworden. Blüm noch vor einem Jahr: "Würden Vorschläge Wirklichkeit, die der gesetzlichen Krankenversicherung ein reines Marktsystem überstülpen wollen, so wäre die soziale Schutzfunktion der Solidargemeinschaft aus den Angeln gehoben. Der Weg in eine ZWEIKLASSEN-MEDIZIN wäre vorprogammiert."
In diesem Sinne wünschen wir **Gute Besserung!**

Wer macht das Spiel? *Veranstaltung zum Thema Arbeitslosigkeit: Mehr Frust als Lust!*

Die Ratinger Stadtmusikanten

Wer keine Experimente will, der hält sich an Altbekanntes; so kann man auf jeder Veranstaltung nach dem Schema Referat- Arbeitsgruppe - Ergebnisvorstellung - Diskussion - Auswertung etc. Vieles oder Nichts sagen, egal ob es sich um Politik, Umweltschutz, Pornographie, Kakteenzucht oder Arbeitslosigkeit handelt.
Daß man mit dieser Art von Veranstaltung Arbeitslose aber nicht mehr hinter dem Ofen hervorlockt, mußten die Organisatoren von "So leben wir! Beschäftigte mit Arbeitslosen" am 7. Mai in der KHG schmerzlich erfahren. Das gutgemeinte Vorhaben Arbeitslose und Beschäftigte an einen Tisch zu bekommen, und sich über ihre "Vorstellungen, Träume und Nöte" auszutauschen, fand leider wenig Resonanz bei der Zielgruppe.
Da dies nicht die erste Veranstaltung mit ähnlichem 'Erfolg' ist, wäre es wohl an der Zeit,- daß sich die 'Verwalter'von Arbeitslosen in Zentren, Treffs und Inis Gedanken machen müßten über neue Formen. Warum stellte man z.B. das Theaterstück der Ratinger Stadtkomödianten "Wer macht das Spiel", deren Vorstellung am Abend großen Anklang bei den Zuschauern fand, nicht in den Mittelpunkt? Darin wurde die Vielschichtigkeit des Problems Arbeitslosigkeit eingehend angesprochen, und jeder Betroffene konnte sich wiederfinden. Anregungen zu Gesprächen hätte es genug gegeben.

Bleibt die Frage offen, ob Arbeitslose sich Kultur erst 'verdienen' müssen, indem sie sich "pädagogisch abgesicherten Kommunikationsritualen" unterwerfen? Diese Vorstellung scheint zumindest immer noch in den Köpfen der Sozialpädagogen herumzuspuken.

Kreativer Umgang mit der Arbeitslosigkeit - weil nicht sein kann,was nicht sein darf

Trügerische Arbeitslosenzahlen?
Oskar Lafontaine brachte die Arbeitslosigkeit wieder ins Gespräch, nun hinkt die CDU hinterher. Im sechsten Aufschwungsjahr wird auch sie aktiv. Sie ruft auf zum Kampf gegen die hohen Arbeitslosenzahlen - und beginnt sogleich, Arbeitslosigkeit neu zu definieren. In einem Leitantrag für den CDU-Bundesparteitag im Juni bereinigt sie die ihrer Meinung nach
trügerische Statistik. Gesondert aufgeführt werden sollen folgende nicht "echte" Arbeitslose:
- 500 000, die einen Teilzeitarbeitsplatz suchen. Von ihnen sei ein großer Teil mit einem vollbeschäftigten Ehepartner verheiratet
- 300 000 Arbeitslose; die Arbeitslosengeld beziehen, aber schwarz arbeiten.
- 300 000 bis 400 000, die nicht mehr vermittelt werden könnten.

Da die "stille Reserve" (etwa 3 Millionen) für die CDU nicht existiert, bleibt nur ein vernachlässigbares Problem von etwa 1,1 Millionen Arbeitslosen.

Schmarotzertum?
Lothar Späth, Ministerpräsident in Baden-Würtemberg und stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender, trägt das Seine zur CDU-Strategie bei. Er erklärte Ende April gegenüber der "Berliner Morgenpost", er habe Anlaß zu der Vermutung, es gebe eine große Gruppe von Arbeitslosen, die sich nicht ernsthaft um eine Stelle bemühe und sich auf Kosten der Allgemeinheit durchschlage. In den "Tagesthemen" äußerte Späth, er wolle nicht von einem allgemeinen Gammlertum reden, es sei aber zu beobachten, daß junge Leute "oft nicht die Kurve in das Arbeitsleben bekommen". Deshalb schlägt er vor, diese Arbeitslosen durch Androhung von Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung und durch Heranziehung zu gemeinnütziger Arbeit dazu zu zwingen, Arbeits- und Ausbildungsplätze anzunehmen.

Ende der Massenarbeitslosigkeit durch Zwangsmaßnahmen?
Wohl kaum. Untersuchungen belegen, daß über 90 der als arbeitslos Registrierten sich redlich um eine Stelle bemühen. Auch Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, spricht von nur zehn Prozent Arbeitslosen, die nicht ernsthaft an einer Arbeit interessiert sind. Dabei handele es sich allerdings oft um "individuell schlechte Vermittlungschancen und Übergangsprobleme in den Ruhestand", weniger um "Arbeitsunwilligkeit im üblichen Sinne." Zu Späths Vorschlag erklärt er in der FR vom 29.4.88: "Wir brauchen mehr Arbeitsplätze und nicht mehr Druckmittel gegen Arbeitslose." Die CDU verdreht also Zahlen, erhebt ungeachtet von Untersuchungen Einzelfälle zur Allgemeinheit und schürt bewußt Vorurteile. Es drängt sich der Verdacht auf, daß sie mit dieser Strategie von ihren Mißerfolgen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ablenken will; die arbeitslosen Menschen, die in diesem vergifteten Klima leben müssen, sind ihr offenbar egal.

Anzeige

SPERRE-Umfrage zum Grundeinkommen

VOLKER ALLHOFF
Direktor des Arbeitsamtes Münster

Ich halte das garantierte Grundeinkommen im Ansatz für falsch, weil derjenige, der ein ähnliches Einkommen mit Vollarbeit erzielt, keinen Grund mehr zum arbeiten sieht.

MANNI KEHR
GAL-Ratsherr, arbeitslos

Meine persönliche Meinung: Ich finde ein garantiertes Grundeinkommen sehr gut. Immer mehr Leute rutschen unter das Existenzminimum ab, und die Frage stellt sich, wie diesem begegnet werden soll. Das Modell eines garantierten Grundeinkommens ist diskussionswürdig. Ich hoffe, daß sich in dieser Richtung etwas bewegt.

MARTINA ARNDTS-HAUPT
Frauenbeauftragte der Stadt Münster

Realistischer als die Durchsetzung eines garantierten Grundeinkommens erscheint es mir, die qualifizierte Berufsausbildung zu fördern - dies gilt insbesondere für Frauen -um dadurch ein eigenes, dauerhaftes Einkommen zu sichern.

EDELGARD NEUMANN-BÖKELS, ARNOLD VOSSKAMP
c.u.b.a. Arbeitslosenzentrum

Wir halten eine Grundsicherung für sinnvoll, die
1. die bestehenden Lücken des sozialen Netzes schließt,
2. in akzeptabler Höhe gewähert wird, d.h.mindestens 1 2oo.-DM
3. in nicht demütigender Weise vergeben wird.

STEFFI STEPHAN
Jovel-Boss

Wir steuern auf eine Freizeitgesellschaft zu, durch die sich neue Probleme der sinnvollen Beschäftigung auftun. Ich halte bei unserer Wirtschaftslage ein Grundeinkommen für möglich.

RUPRECHT POLENZ
CDU-Ratsherr und Fraktionsvorsitzender

Die Forderung nach einem Grundeinkommen wirft zunächst die Frage auf, wer es bezahlen soll. Solange dies nicht geklärt ist, weckt die Diskussion nur Illusionen, die in Enttäuschung enden müssen. Wer über ein Grundeinkommen spricht, muß zunächst sagen wo das Geld herkommen soll; darüber muß als erstes diskutiert werden.

HELMUT HAMSEN
SPD-Ratsherr, stellv.Fraktionsvorsitzender

Rentner und Rentnerinnen, Arbeitslose sollen nicht mehr zum Sozialamt müssen, wenn's Geld nicht reicht. Darum muß die "soziale Grundsicherung" deutlicher über dem Sozialhilfesatz liegen. Das Hin-und herstoßen von Arbeitslosen und alten Leuten muß aufhören. Ich sehe nur zwei Alternativen: Entweder den Späth-Kapitalismus mit Ausgrenzung angeblich 'Arbeitsunwilliger'auch noch aus der Sozialhilfe, oder wir schaffen es gemeinsam, die "Soziale Grundsicherung" durchzusetzen. Wir sind für Solidarität und gegen Ausgrenzung."

WOLFGANG WIEMERS
Lehrer, Vorsitzender in einem Pfarrgemeinderat

Ich bin für ein ausreichendes Grundeinkommen:
1. Ich finde es unwürdig, wenn, wie heute bei Sozialhilfe üblich, Menschen nicht frei über ihr Geld verfügen können, vielmehr im einzelnen vorgeschrieben bekommen, was sie für Nahrung, Kleidung, Wohnung ausgeben können. Ich finde es unzumutbar, wenn bescheidene Ersparnisse angerechnet und nahe Verwandte zur Unterstützung gezwungen werden.

2. Aus meiner Erfahrung in der Gemeindearbeit möchte ich entschieden dem Vorurteil widersprechen, viele Menschen würden dann nicht mehr arbeiten wollen. Im Gegenteil: Wer sich um seinen Lebensunterhalt keine Sorgen zu machen braucht, ist in der Regel viel eher bereit, freiwillig Arbeit zu leisten. Fast unsere gesamte Jugend- und Sozialarbeit ruht auf ehrenamtlicher Arbeit von Menschen, die dies aus materiellen Gründen nicht nötig haben.

Mindestsicherung

Der Kampf der Armen in den USA

Stichwort USA: High Tech, riesiges Land, Coca-Cola darf nicht fehlen, Vietnamkrieg, Reagan und Freund Kohl; ein selbstgefälliges Überlegenheitsgefühl als "kultureller Europäer" oder Bewunderung für ein amerikanisches Lebensgefühl, dem Mythos Amerika.
In jedem Fall widerstreitende Gefühle. Wir alle würden gerne, falls der Geldbeutel es erlaubt, dieses Land besuchen. Und was würden wir vorfinden?

Die USA, eines der reichsten Länder der Erde, hat immer mit dem Problem Armut, und zwar bitterster Armut, eines großen Teils seiner Bevölkerung gelebt. Der Hungertod ist in den-Staaten keine Seltenheit, auch heute noch.
Haben die Armen um bessere Lebensbedingungen gekämpft? Und wenn, wie hat dieser Kampf ausgesehen, und was ist dabei herausgekommen?
Wie wir wissen, unter anderem ein Reformmodell des amerikanischen Fürsorgesystems, welches den Wohlfahrtsempfängern auch eine **Mindestsicherung** bescheren sollte. Der Weg dahin und wie diese Reform entstanden und gleichzeitig gescheitert ist, soll Inhalt dieses Artikels sein im Rahmen unserer Diskussion um ein garantiertes Mindesteinkommen. (s.a.SPERRE 1/88)

Ein Augenzeuge berichtet:
"Die Demonstrationszüge der Arbeitslosen waren bald ein vertrautes Bild. Auf öffentlichen Plätzen fanden Protestveranstaltungen mit Zehntausenden von Teilnehmern statt...Diese Straßenszene hat sich tief in mein Gedächtnis eingegraben. Es war im Herzen des Arbeiterviertels von Cleveland, bei einer von Kommunisten geleiteten Demonstration. Die Polizei hatte einen früheren Demonstrationszug angegriffen. Bei der Straßenschlacht waren mehrere Arbeitslose verletzt worden, und einer von ihnen war gestorben. Der Arbeitslosenrat hatte zu einer Protestveranstaltung in demselben Viertel aufgerufen. Der traurige Anlaß brachte Tausende auf die Straße. Die staatlichen Autoritäten, die scharfer Kritik ausgesetzt waren und sich in der Defensive befanden, zogen daraufhin jeden Polizisten aus dem viele Häuserblocks umfassenden Gebiet zurück."

Eine Szene aus dem Jahre 1930. Wie wir aus unserer eigenen Geschichte wissen, standen die 30er Jahre weltweit unter dem Zeichen einer wirtschaftlichen Depression, deren Ausmaß verheerend war. Die USA erlebte einen immensen Anstieg der Arbeitslosigkeit, staatliche Transferleistungen für die Linderung der gröbsten Not der arbeitslosen Massen waren völlig unzureichend. Die Ideologie des erfolgreichen Einzelkämpfers-Motto "vom Tellerwäscher zum Millionär" oder "wer wirklich arbeiten will, der bekommt auch was" - verhinderte zu Beginn der Wirtschaftskrise, daß die Betroffenen zumindest die geringe Unterstützung, die ihnen zustand, in Anspruch nehmen wollten. Anstatt öffentlichen

Fortsetzung auf Seite 11

ARBEITSLOSENZENTRUM DER ARBEITERWOHLFAHRT

Arbeitslosenzentrum
Sentmaringer Weg 69
Tel. 0251/75727

BERATUNG: *Dienstag 9 Uhr 30 - 12 Uhr 30*

Donnerstag 9 Uhr 30 - 12 Uhr 30

GRUPPEN: *Theatergruppe (bitte vorher anmelden)*
Öffentlichkeitsarbeit (die Gruppe erarbeitet einen themenspezifischen Pressespiegel; mit Jürgen absprechen)
Koordinierungskreis (Teilnahme auf Einladung)
***"Münster-Paß"** hier erhältlich*

Arbeitslosentreff
Coerde
Marderweg 4
Tel. 0251/248000

INFOSTAND: *Donnerstag nachmittags im Einkaufszentrum*

OFFENER TREFF: *Freitag 10 Uhr - 12 Uhr*

Arbeitslosentreff
Kinderhaus
Sprickmannstr. 34

OFFENER TREFF: *Mittwoch 14 Uhr - 18 Uhr*

«WESPENNEST»

Montag

9⁰⁰ - 12³⁰
Kinderbetreuung für Leute mit wichtigen Wegen außer Haus (z.B.Ämter) auch anderntags nach Vereinbahrung

14⁰⁰ - 17⁰⁰
Autogenes Schweißen
praktische Dinge aus Metall bauen

20⁰⁰
Mitgliederbesprechung
Informationsabend

ca 22⁰⁰
Skat,Schach,Dart oder Doppelkopf

Dienstag

10⁰⁰
Beratung für Arbeitslose

14⁰⁰ - 17⁰⁰
Holzwerkstatt
Kleinmöbelbau
Reperaturen

gleichzeitig
offene Werkstatt
Zweiradmontagen
Selbsthilfe

20⁰⁰
Tiffanyarbeiten
Glaskunst
schöne Geschenke selber bauen

Mittwoch

10⁰⁰
Beratung für Arbeitslose

ab 14⁰⁰
h.P.Reperaturen im "Wespennest"

15⁰⁰
Schreinerkursus

20⁰⁰
Glasgravieren
Tiffanyarbeiten
Glaskunst

gleichzeitig
Billardtraining für "Wespen"

Donnerstag

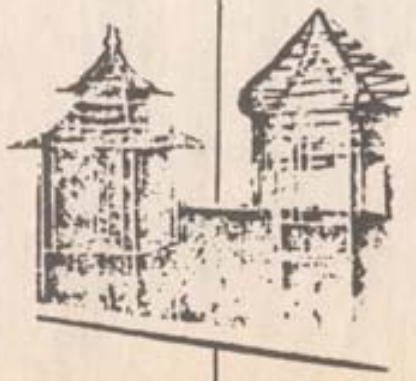
10⁰⁰
Frühstück und Beratung für Arbeitslose

14⁰⁰
Töpferwerkstatt
Drehen auf der Töpferscheibe
Brennen u.Glasieren
(erst in kürze)

20⁰⁰
Veranstaltungen zu besonderen Themen

Teambesprechungen der Gruppen

Filme selber machen mit der Videokamera.



Freitag

11⁰⁰
Grundreinigung
Großer Hausputz im "Wespennest"

14⁰⁰
offene Werkstatt
Zweiradreperaturen
Selbsthilfe

15⁰⁰
Billardtraining für Einsteiger

19³⁰
Treffen der "Wespen"

20⁰⁰
Ligaspiele der Billardmannschaften

Spiele und Sport gemütlicher Wespennest

Tiffany-Glaskunst

Samstag

10⁰⁰
b.B.Reperaturen u. Renovierungen im "Wespennest

15⁰⁰
offene Werkstatt bei Bedarf für Selbsthilfe

20⁰⁰
Treffen für Leute mit und ohne Arbeit

Spiele,Sport,Unterhaltung,Disco,Feten u.A.siehe Aushang im Wespennest

Das Arbeitslosenzentrum ist für alle da.

Auch Sie können helfen

Durch Spenden

Geld- oder Sachspenden sind für die Erhaltung und Arbeit des selbstverwalteten Zentrums dringend erforderlich.

Durch Mitarbeit

Ehrenamtliche Helfer, die Lust haben mit zu Wirken,Gestalten oder Ideen einbringen sind herzlich willkommen.

Zentrum für Leute mit und ohne Arbeit ist selbstverwaltet von der

Aktionsgemeinschaft Münsteraner Arbeitsloser e.V.

Grevener Straße 67a

4400 Münster

Tel. 29 66 81

c.u.b.a.

CULTUR & BEGEGNUNGSCENTRUM
ACHTERMANNSTR. 10–12

Arbeitslosenzentrum im c.u.b.a. Regelmässige Angebote

Projektberatung, Beratung zu ABM & Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose SozialhilfeempfängerINNEN Tel. 51 19 29	Mo, Mi, Fr 14 - 16 Uhr und nach Vereinbarung
Arbeitslosenberatung zu Angelegenheiten & Fragestellungen von Arbeitslosigkeit, Leistungen vom Arbeitsamt, usw Tel. 51 19 29	Mo, Fr 9 - 12 Uhr und nach Vereinbarung
Sozialhilfeberatung offener Treff	Di, Mi, Do 15 - 17 Uhr
Sozialhilfesorgentelefon 34 544	Mo, Mi 14 - 17 Uhr Di, Do 9 - 12 Uhr
Kontakte & Beratungen für Projektinitiativen und Kollektive Tel. 51 19 29	Mo, Mi, Fr 14 - 16 Uhr und nach Vereinbarung

Zu folgenden Bereichen gibt es weitere Beratungen, Einzelveranstaltungen und Seminare:

- Planspiel zur Projektgründung
- Lust auf neue Perspektiven - Frauen in der Arbeitslosigkeit
- EDV-Kurse: Programmiersprachen, Finanzbuchhaltung, Textverarbeitung, Kalkulationsprogramme, Datenbanksysteme

VEREINSBUCHFÜHRUNG

Bei der Projektwerkstatt-(c.u.b.a.) finden ab Oktober wieder Buchführungskurse statt, das Programm erscheint demnächst. Bei Bedarf können Einzelberatungen - gegen Honorar - angeboten werden.

Initiativen

NACHBEREITUNG 1.MAI

Treffen für all diejenigen, denen eine Latschdemo am 1.Mai zuwenig gewesen ist.
Wir haben vor, uns mit folgenden Bereichen längerfristig auseinanderzusetzen:
- kämpfende Gewerkschaften oder keine. Was soll Solidarität
- internationalistischer Kampf gegen Arbeit und Patriarchat
- Vorstellungen, Ideen, Perspektiven und Erfahrungen der anwesenden Leute
- Aufbau bzw.Weiterentwicklung einer selbstbestimmten Kultur

Wir treffen uns jeden Mittwoch im Informationszentrum Solidarische Welt, Lingenerstraße 9, um 20.00 Uhr.

AWO und KHG

VOLLBESCHÄFTIGUNG IST MÖGLICH?!

Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung ist eigentlich schon lange kein Thema mehr: Man kann ja sowieso nichts machen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat das Memorandum '88 veröffentlicht, in dem gezeigt wird, daß sehr viel mehr getan werden könnte.

Dr. Joachim Eisbach, Mitarbeiter des Progress-Institutes für Wirtschaftswissenschaften, Bremen, wird Thesen und Einschätzungen des Memorandums erläutern und Fragen beantworten.

TERMIN: Montag, 20.6.88; 19.00 Uhr

ORT: Kath. Hochschulgemeinde,Kardinal-von-Galen-Ring 45

Haus der Familie

URLAUB FÜR ARBEITSLOSE

Das "HAUS DER FAMILIE" lädt ein Arbeitslose und ihre Familien zu einem Familienbildungsurlaub

vom 26. Juli bis 9.August 1988 in Honerath/-Adenau (Eifel

Kosten 230.-DM pro Erwachsenen, 107.-DM für das 1. Kind, 83.-DM für jedes weitere Kind. Im Preis enthalten sind Fahrt, Unterbringung u. Verpflegung. Anreise per Bus.

Auskunft u. Anmeldung:
Haus der Familie, Münster e.V.
Krummer Timpen 42/43,
Tel. 40374
bei Lothar Haverkamp

Protestes herrschte Scham und Unsicherheit über eine angeblich selbstverschuldete Lage.

Armut als individuelles Mißgeschick und Versagen:

"Immer wieder klapperten die Männer und Frauen Arbeitsvermittlungen ab, standen Schlange bei jedem Stellenangebot und zweifelten an sich selbst, weil sie keine Arbeit fanden. Familien brauchten ihr Erspartes auf, pumpten von Verwandten und machten sich entweder selbst oder gegenseitig für ihre Niederlage im Kampf um materielle Unabhängigkeit verantwortlich..."

Die nackte Not und die Aussichtslosigkeit ihrer Lage zwang die Armutsbevölkerung der USA in den Kampf um eine ausreichende staatliche Unterstützung. Sie wurden öffentlich.' Demonstrationen, organisierte wie unorganisierte Ladenplünderungen und rabiate Mieterunruhen sorgten hauptsächlich in den Großstädten für eine anhaltende Verunsicherung der lokalen Regierungen und Bürgermeister. Der Überlebenskampf der Armen wurde auch auf politischer Ebene nicht mehr übersehen; schärfer ausgedrückt, das Problem der Armut aufgrund der verheerenden wirtschaftlichen Lage konnte auch von "Oben" nicht mehr geleugnet werden.
Zunahme der Unterstützungsberechtigten, höhere Fürsorgeleistungen und staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme waren politische Folgen, die nicht nur, aber auch durch Druck von unten entstanden sind. Die Lage beruhigte sich wieder,politisch aktive Teile der Arbeitslosenbewegung versuchten sich weiter zu organisieren, der größte Teil der aufmüpfigen Massen ließ sich wieder bändigen, und dann kam der Zweite Weltkrieg.

Der **"Aufstand der Armen"** wurde, unter anderen historischen Bedingungen, in den 60er Jahren wwieder zum Thema in den USA. Verbunden mit der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen und Teilen einer liberal eingestellten weißen Öffentlichkeit, Vietnamdemonstrationen und Studentenunruhen wurden auch die Armen wieder "öfffentlich". Sie gab es immer noch.

"Sie waren nicht mehr so bescheiden, untertänig, so flehend, sie waren empörter, fordender..."

Im Zuge einer allgemeinen Protesthaltung großer Teile der Bevölkerung entstand eine Bewegung der Fürsorgeempfänger, die erhebliche Einkommensverbesserungen für ihre Mitglieder erreichen konnte. Dazu einige Zahlen:
Es bezogen Sozialhilfe:
1960 - 745 000 Familien
1968 - 1,5 Millionen
1972 - 3 Millionen

Wir können in diesem Artikel nicht die weitere Entwicklung offizieller Organisationsformen

Abb.: Arbeitslosenamt.

der Armen in den USA, deren Erfolge und Niederlagen beschreiben. Wichtig ist uns, daß in beiden historischen Situationen in den 30ern und in den 60ern, durch öffentlichen Protest eine Entindividualisierung der für den Einzelnen beschämenden Armut stattgefunden hat, und zudem auch reale Verbesserungen für die Betroffenen erreicht werden konnten. Die Ideologie des amerikanischen "Way of live" hatte einen Knacks bekommen. Höhepunkt und gleichzeitig Endpunkt der Bewegung war der Schlachtruf der offiziellen Politik "Krieg gegen die Armut". In diesem Zusammenhang verkündete Präsident Nixon in einer Rundfunk und Fernsehrede 1969 eine Reorganisation des nationalen Fürsorgesystems an, die unter anderem auch ein gesetzliches Mindesteinkommen vorsah, welches aus Mitteln des Bundes finanziert werden sollte.
Jede Familie (vier Personen) würde ein garantiertes jährliches Einkommen von 1600 Dollar erhalten. Erwerbstätige Arme sollten nach einem System der "negativen Einkommenssteuer"' auf ein jährliches Gesamteinkommen von 3920 Dollar aus Lohneinkünften und Sozialhilfe mindestens erreichen. Die Armutsgrenze für eine vierköpfige Familie lag bei 4000 Dollar im Jahr!

Besagte Reform hätte mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

- durch die geplante Bundesfinanzierung wären die Kommunen von ihren immens steigenden fiskalischen Ausgaben durch die Sozialfürsorge entlastet worden. Ob konservativ oder liberal, aus diesem Grunde waren lokale Regierungsvertreter in der Regel für die Reform.
- die allergrößte Armut, vor allem im Süden der USA, wo viele Berechtigte keine Unterstützung bekamen, wäre gelindert worden.
- ein hohes Maß an bürokratischer Vereinfachung, und damit wiederum Ausgabenentlastung, wäre erreicht worden.

Kann man die Reform, aufgrund dieser Argumente, auch im Sinne der Betroffenen, durchaus positiv beurteilen, so stellen sich bei genauerer Prüfung doch einige Haken herauss:

- Verfahrensrechte der Fürsorgeempfänger, die in den 60er Jahren durch gerichtsentscheidungen und öffentliche Proteste erreicht worden sind, würden wieder abgeschafft werden.
- Fürsorgeempfänger, die als arbeitsfähig gelten, könnten zu Arbeiten gezwungen werden, deren Entgelt weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn lägen.

Zur Verdeutlichung:
"...die Verweigerung jeglicher Unterstützung für Personen, die sich zu arbeiten weigerten. Um ihre Eingliederung in die arbeitende Bevölkerung sicherzustellen, sah der Gesetzesentwurf darüber hinaus vor, daß Fürsorgeempfänger auch zu Arbeiten

verpflichtet werden konnten, deren Bezahlung erheblich unter dem gesetzlichen Mindestlohn lag. Mit diesen Maßnahmen hätte der Staat in den sekundären Arbeitsmarkt eingegriffen, Niedriglohnunternehmen subventioniert, und ein ständiges Angebot an disziplinierten Arbeitskräften gewährleistet."

Die Reform kam nicht zustande. Ausgabenentlastung, Regulierung des Arbeitsmarktes und damit verbunden Ruhigstelung der Armutsbevölkerung machte gerade den Konservativen die Reform schmackhaft. Aber in der weiteren politischen Auseinandersetzung wurden jedoch und mit zunehmendem Erstarken neo-konservativer Wirtschaftsauffassungen die alten Formeln, die sich überhaupt gegen ein wie immer geartetes Sozialfürsorgesystem richteten, aus der Mottenkiste geholt. Zum Beispiel Originalton Daniel Patrick Moynihan, Präsidentenberater:
"In der großen und wachsenden Unterschicht schwinden Eigenverantwortlichkeit, Selbstdisziplin und Fleiß dahin; entsteht ein radikales Mißverhältnis zwischen Realität und Erwartungen bezüglich Arbeit und Lebensstandard; herrscht hohe Arbeitslosigkeit, während die lebhafte Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften unbefriedigt bleibt;..."
Überzogene Fürsorgeleistungen waren schuld an Kriminalisierung und auseinanderbrechenden Familien usw. Die "Wende" hatte auch die USA gepackt; der "Krieg gegen die Armut" wurde immer deutlicher ein "Krieg gegen die Armen".
Wir fanden die Geschichte der Kämpfe der Armen in den USA sehr aufschlußreich und möchten ein Bangemann-Zitat, geäußert am Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart, an den Schluß dieses Artikels stellen:
"Der Wohlfahrtsstaat ist der unmenschlichste Staat, den man sich vorstellen kann, weil er die Menschen intensiver versklavt, als es früher die klassische Sklaverei vermocht hat."

Zitate aus:Piven/Cloward: Aufstand der Armen, Suhrkamp 1986.
Quellenangabe: Karlsruher STADTZEITUNG NR.35/85

"Über die negative Einkommenssteuer wird das Sozialsystem durch ein Mindesteinkommen ersetzt, das jeder automatisch erhält, der über kein Einkommen verfügt. Wird ein geringes Arbeitseinkommen erzielt, verringert sich die staatliche Zuwendung entsprechend, aber so, daß das insgesamt aus Arbeit und negativer Steuer erhaltene Einkommen trotzdem steigt, bis von einer bestimmten Höhe des Arbeitseinkommens über dem Existenzminimum an positive Steuern nach bekanntem Prinzip bezahlt werden.
Primär versprechen sich die Verfechter von der negativen Einkommenssteuer einen verschärften Arbeitszwang, der zur Annahme auch schlecht bezahlter und stark belastender Arbeiten zwingt und allgemein Lohnsenkungen ermöglicht. Außerdem würde dieses Modell eine bürokratische Vereinfachung mit sich bringen.

Anzeige

Fortbildung und Umschulung

BWDAG

Maschinenschreiben f. Anfänger (50 USt.)
- MA 14/8, 24.06.-19.08.88, mo+mi+fr, 18.00 - 19.30 Uhr
- MA 15/8, 24.06.-19.08.88, mo+mi+fr, 19.30 - 21.00 Uhr

Rhetorik Aufbaulehrgang (20 USt.)
- Rh A, 30.05.-13.06.88, mo+mi, 18.00 - 21.15 Uhr

Lehrgangsangebote in den Sommerferien

Stenografie für Anfänger (50 USt.)
- KA 3/8, 12.07.-16.08.88, di-do, 09.30 - 11.45 Uhr

PC-Schulung MS DOS (80 USt.)
- MS-DOS 5/8, 11.07.-11.08.88, mo-do, 09.00 - 12.15 Uhr
- MS-DOS 6/8, 08.08.-20.08.88, mo-fr, 08.00 - 13.00 Uhr (60 USt.)

Einführung in die EDV
- EDV A 4/8, 11.07.-16.08.88, mo-do, 09.00 - 13.00 Uhr

Bildungswerk der DAG e. V., 4400 Münster
Berliner Platz 8-10, Tel. 0251/40173

Beschäftigte des Arbeitsamtes auf der Straße!

Tatsächlich! Am Mittwoch, den 18.5.88 gingen die Beschäftigten des Arbeitsamtes Münster an der Wolbecker Straße geschlossen auf die Straße und verharrten dort.
Just in dem Moment traf ein Mitarbeiter des Arbeitslosenzentrums per Fahrrad dort ein und zeigte sich sehr verblüfft. Es soll ja schon Aktionen von Mitarbeitern der Arbeitslosenverwaltungen anderer Städte gegeben haben, die auf der Straße endeten..
Eine solche Vermutung lag auch hier nahe, zumal der Personalratsvorsitzende in vorderster Reihe zu finden war. Ob die letzten Durchführungsanordnungen den Stein ins Rollen gebracht haben sollten? Für den Beobachter war dies, angesichts der sehr viel dramatischeren Verschlechterung der Leistungsgesetze in den letzten Jahren doch zumindest fraglich. Also keine Solidarität mit den Objekten der Arbeit?
Sollte das geschändete subjektive Rechtsbewußtsein eines abgewiesenen Antragstellers...- Auch diese Vermutung lag daneben, wenn auch nur knapp. Man übte, sicher auf Geheiß der Verwaltungsspitze, für den Fall einer Bombendrohung.
Dem einen oder anderen könnte man aber vielleicht auch eine geballte Faust in der Tasche und die Idee im Kopf unterstellen, das Arbeitsamt ginge geschlossen für das Recht auf Arbeit auf die Straße. Wie gesagt: Man könnte.

Urlaub

Sommerzeit - Urlaubszeit. Auch Arbeitslose sollen, dürfen Urlaub machen. Es gilt dabei jedoch folgendes zu beachten:
Für einen Urlaub bis zu drei Wochen wird dann Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe weitergezahlt, wenn feststeht, daß in den drei Wochen eine Vermittlungsmöglichkeit aller Voraussicht nach nicht besteht. Das ist von Fall zu Fall verschieden und kann nur im Arbeitsamt geklärt werden. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, daß arbeitslos Gemeldete vor Urlaubsbeginn mit ihrem zuständigen Arbeitsvermittler Kontakt aufnehmen.
Wer ohne vorherige Absprache mit dem Arbeitsamt in Urlaub fährt, muß damit rechnen, daß ihm das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe für diese Zeit entzogen wird, denn der Arbeitslose stand a für eine Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung. Das gleiche gilt auch, wenn der Termin zur Meldung nach dem Urlaub nicht eingehalten wird.

Arbeitslosenhilfe

Bei Arbeitslosen, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben, ist das Einkommen des Lebenspartners auf die Arbeitslosenhilfe anzurechnen. Diese Regelung gilt vor allem dann, wenn die Lebenspartner genauso wie Eheleute aus einem Topf wirtschaften.
Bundessozialgericht - 7RAr 82/87

Sozialhilfe

Sozialhilfeempfängern kann die Hilfe zum Lebensunterhalt gekürzt oder völlig entzogen werden, wenn sie sich weigern, zumutbare gemeinnützige Arbeit zu leisten. Der Sozialhilfeträger hat ferner die Wahl, die gemeinnützigen Arbeiten mit dem üblichen Arbeitsentgelt zu entlohnen oder weiterhin Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für die Mehraufwendungen zu gewähren. Dabei ist jedoch unter Beachtung der Besonderheiten des Einzelfalles stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen, weil Sozialhilfeleistungen im allgemeinen ohne Gegenleistung zu gewähren ist.
Hessischer Verwaltungsgerichtshof - 9 UE 1296/84

Fortbildung

Arbeitslose, die sich bei der Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes verpflichten, innerhalb von vier Jahren mindestens drei Jahre eine arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigung auszuüben, müssen die Fortbildungskosten zurückzahlen, wenn sie diese Verpflichtung später nicht einhalten.
Bundessozialgericht - 11 RAr 62-/86

Mehr Geld für arbeitslose Ex-Azubis

Auszubildenden, die nach der Lehre länger als ein Jahr arbeitslos sind, steht nach der 8. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz eine höhere staatliche Hilfe zu. Statt 50 Prozent des im erlernten Beruf erzielbaren Verdienstes werden jetzt 75 Prozent bei deren Bemessung zugrunde gelegt. Bei einem Bruttoverdienst von 2000 Mark zum Beispiel gibt es also jetzt 670 Mark Arnbeitslosengeld statt bisher 470 Mark, die Arbeitslosenhilfe beträgt 587 statt bisher 418 Mark. Diese Änderung wird von den Arbeitsämtern automatisch von "Amts wegen" berücksichtigt. Es dauert allerdings oft Monate, bis die Akten bearbeitet sind. Deshalb sollten Ex-Azubis, die vor 1987 arbeitslos geworden sind und schon die höheren Bezüge bekommen müßten, ihr Arbeitsamt unbedingt daran erinnern. Unter Umständen gibt es dann schneller eine Nachzahlung rückwirkend ab Januar 1988.

Neue ABM-Vorschriften

Zum 1. Juni tritt die neu geänderte ABM-Anordnung in Kraft.
Was hat sich geändert?

1. Träger kann in Zukunft nur sein, wer Kriterien für die ordnungsgemäße und erfolgversprechende Durchführung der Maßnahme erfüllt. Die Kriterien sind noch nicht veröffentlicht.
2. Grundsätzlich sollen nur Arbeitslose in ABM vermittelt werden, die
   - Leistungen beziehen oder Anspruch auf Leistungen hatten und
   - innerhalb der letzten 12 Monate sechs Monate arbeitslos waren.
   Ausnahmen gibt es nur aus besonderen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen: schwerbehindert, über 50, unter 25 und ohne Ausbildung, über ein Jahr arbeitslos oder besonders vom Arbeitsamt eingestufte Gruppen. Ziel ist, den Anteil der Langzeitarbeitslosen an den ABM-Beschäftigten auf 50% und später 60% zu heben.
3. Das Kriterium der Zusätzlichkeit wird enger, das des öffentlichen Interesses weiter gefaßt.
4. Erleichtert wird die wiederholte Durchführung gleicher Maßnahmen mit wechselnden schwer Vermittelbaren ohne zeitliche Unterbrechung.
5. Die Regel, nach Ablauf von zwei Jahren mit 20% weniger zu fördern, ist aufgehoben.
6. Die Förderung von ABM in strukturschwachen Gebieten, die bisher nicht höchstförderungswürdig waren, wird aus Arbeitsamtmitteln verstärkt. Gleiches gilt für konjunkturell schwache Zeiten.
7. Das örtliche Arbeitsamt kann höhere Förderungssummen als bisher beschließen (bis 800 000 DM).
8. ABM-Förderungen können ab Beginn der Förderung ausbezahlt werden, nicht notwendig einen Monat zu spät.

Das c.u.b.a. wird mit Arbeits-

Recht

amtvertretern zu den neuen Vorschriften eine Informationsveranstaltung durchführen; der genaue Termin wird bekanntgegeben, jedoch wohl nicht vor Ende Juni.

WICHTIG: Zur Erinnerung!

Änderung für Arbeitslose, die keine laufenden Geldleistungen vom Arbeitsamt erhalten.

Arbeitssuchende müssen spätestens alle 3 Monate selbst das Arbeitsgesuch beim Arbeitsamt erneuern, ohne daß sie dazu gesondert aufgefordert werden. Dies kann schriftlich, telefonisch oder persönlich erfolgen. Die Berufskennziffer auf der Besucherkarte sollte dafür angegeben werden.

ARBEITSAMT UND SPERRZEITEN

Die Arbeitsämter haben Anweisung erhalten, vor der Prüfung des Sperrzeittatbestandes grundsätzlich erst mal eine 12-wöchige Sperrzeit zu verhängen. Ob tatsächlich eine Sperrzeit gerechtfertigt ist, wird geprüft, wenn der/die Arbeitslose einen Widerspruch einlegt.

Also: UNBEDINGT WIDERSPRUCH EINLEGEN!!!

Mietertip: Wohngeld für Wohngemeinschaften

Beziehen mehrere Leute eine Wohnung, können sie das als Wohngemeinschaft mit gemeinsamer Kasse und Haushaltsführung tun,. oder jede(r) singlet seinen eigenen Haushalt vor sich hin. Für die Entscheidung gibt es eine Menge Gesichtspunkte, nicht zuletzt sollte man/frau aber auch ans Wohngeld denken. Wohngemeinschaften mit gemeinsamen Haushalt sollen nämlich nach Paragraph 18 Abs. 2 Nr. 2 Wohngeldgesetz nicht mehr Wohngeld beziehen können, als eine vergleichbare Familie. Sonst könnten sich ein paar Leute überlegen, ob sie das mit Heirat, Familie usw. nicht besser bleiben lassen sollten.

Konkret bedeutet die Regelung z.B.:

Wenn Theo als arbeitsloser Akademiker und Taxifahrer 800 DM monatlich verdient, und seine "Kommunardin" Heike als Halbtagsassistentin von Prof.-Uber an der WWU 1000 DM, rechnet das Wohngeldamt einfach beide Einkommen zusammen - 1800 DM. Theo und Heike zahlen jeweils 300 DM Mietanteil und bei einem "Familieneinkommen" von 1800 DM gibt es für einen 2-Personenhaushalt bei 600.-DM Miete kein Wohngeld. "Familieneinkommen" zu hoch-Ende, aus. Ist Theo - wie in Wirklichkeit - nur Untermieter bei Heike, und läuft auch sonst alles fein säuberlich getrennt, sieht es ganz anders aus: Theo bekommt bei einem Einkommen von 800 DM und 300 Miete für seinen eigenen Einzelhaushalt 90 DM, Heike für ihren 33 DM Wohngeld.

Früher hatten es die Leute vom Wohngeldamt schwer: Jede Menge Schnüffelarbeit, wenn geprüft werden mußte, ob da lauter Singles oder eine Kommune leben. Die Arbeit hat ihnen inzwischen das Wohngeldgesetz abgenommen, Paragr. 18 Abs. 2 Nr. 2: "Das Bestehen einer (Wohn- und) Wirtschaftsgemeinschaft wird vermutet (!), wenn..die Personen Wohnraum (!) gemeinsam bewohnen."

"Wohnraum" muß also gemeinsam bewohnt werden, die gemeinsame Benutzung von "Nebenräumen" (etwa Bad/WC) genügt nicht. Nach dem Wohngeldkommentar von Stadler/Gutekunst ist auch die Küche kein "Wohn-" sondern nur ein "Nebenraum" - ob das Verwaltungsgericht Münster derselben Ansicht ist, ist allerdings nicht bekannt.

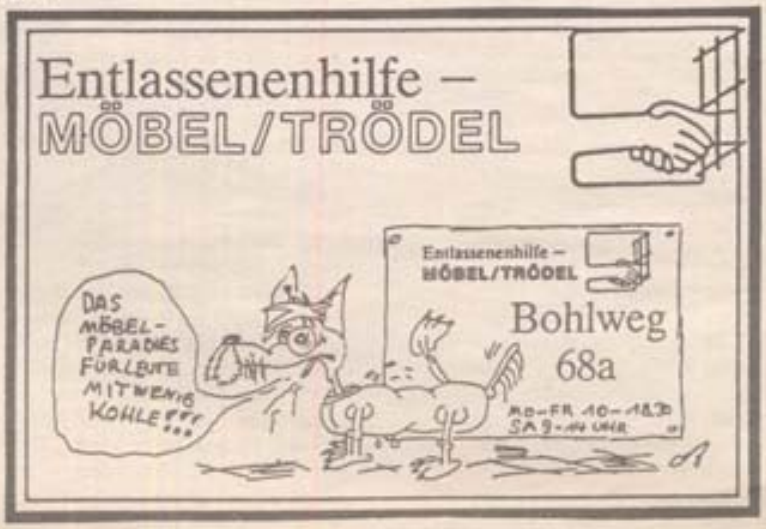
Nur "vermutet" wird bei gemeinsamer Benutzung von Wohnraum die Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft. "Die gesetzliche Vermutung...kann vom Antragsberechtigten widerlegt werden. Er muß also dartun und glaubhaft machen (z.B. durch eine eidesstattliche Versicherung; Anm. d. Verf.), daß er ausnahmsweise zwar eine Wohn- aber keine Wirtschaftsgemeinschaft mit anderen Personen hat."(Stadler/Gutekunst)

Für das Bestehen einer Wirtschaftsgemeinschaft kommt es dabei nicht so sehr auf gemeinsame Liebe, Mahlzeiten, Kasse an - denn an diesen Gemeinsamkeiten fehlt es in Familien auch oft. Maßgeblich soll beim Wohngeld sein, ob die Partner die Einrichtungsgegenstände wenigstens überwiegend gemeinsam anschaffen.

Sein Zimmer hat Theo natürlich selbst eingerichtet, und Heikes Küchenmöbel gefallen ihm gut. Weil er nur zur Untermiete wohnt, braucht er bei der Antragsstellung auf dem Formblatt für "Personenstands- und Meldenachweis" auch nur sich selbst angeben. Das hat ihm das Wohngeldamt auf Nachfrage erklärt.

Mieter/innen-Schutzverein Münster und Umgebung e.V.
4400 Münster, Achtermannstr. 10
Tel.: 51 17 59
Bürozeiten: Mo. - Do. 15.00 - 19.00 h

Anzeige



Wespennest

COMPUTER-CLUB

Wir gründen einen "Computer-Club" im "WESPENNEST".
Für Anfänger beginnen wir mit dem Kursus "Basic-Einführung". Für Fortgeschrittene Computer-Anwender haben wir die Möglichkeit durch Christian viele Tips und Tricks jeder Art am Computer zu erhalten. Die Beteiligung ist kostenlos, jedoch ist die Voraussetzung für alle Teilnehmer einen Computer der Marken Atari oder Commodore zu besitzen bzw. die Anschaffung in Kürze zu planen. Die Computer-Abende oder Tage setzen wir erst nach Feststellung der für alle Beteiligten günstigsten Zeit fest. Auskunft und Voranmeldung ist jeden Abend ab
20.00Uhr im "WESPENNEST" Grevener Str. 67a, Tel. 29 66 81 bei Paul möglich.

Die Arbeitsgruppe "Umbau im Wespennest" wird künftig Samstagnachmittags ab 14.00 Uhr nur noch bei schlechtem Wetter weiter umbauen. Bei schönem Wetter treffen wir uns weiterhin pünktlich und fahren gemeinsam ins Grüne. Ball-Spiele, Kahnfahren, Sonnen, Baden, Grillen, Zelten und vieles mehr ist in unserem Freizeit-Wildgarten möglich. Für Hin- und Rückfahrt sorgen Vereinsmitglieder. Alles ist natürlich kostenlos, außer Essen uns Trinken, welches von jedermann selbst mitgebracht werden muß. Grill, Grillkohle und Zubehör stehen zur Verfügung. Abends ab 21.00Uhr legen wir im "WESPENNEST" Samstags jeweils zwei neue Action-Filme auf.

Werkstatt für Bildung und Kultur

ICH KANN NICHT LESEN UND SCHREIBEN...

"Ich habe große Angst, daß es jemand merken könnte. Vielleicht sagt er dann, daß ich dumm bin, ein Taugenichts, einfach nicht zu gebrauchen. Niemand soll es merken. Wenn ich etwas schreiben muß, dann bandagiere ich meinen Arm. Wenn ich etwas lesen soll, sage ich, daß ich meine Brille vergessen habe. Meinen Führerschein kann ich auch nicht machen, und das Kinoprogramm kann ich auch nicht lesen. Ich bin schon lange arbeitslos, weil man in fast allen Berufen lesen und schreiben muß.

ALLEIN IM RAUME MÜNSTER GIBT ES UNGEFÄHR 3000 ANALPHABETEN!

Bemerkenswert ist, daß die Anzahl der Betroffenen ständig zunimmt und das Alphabetisierungsangebot verhältnismäßig gering ist.

Wir, DIE WERKSTATT FÜR BILDUNG UND KULTUR - ein Selbsthilfeprojekt arbeitsloser Lehrer - versuchen ein Angebot im Raume Münster zu entwickeln und Kurse entsprechend dem Bedarf einzurichten.

INFORMATION bei:Brigitte Keuper, Achtermannstr. 10-12, 44oo Münster. Tel. 0251/511759

Anzeige

PSSST...
Schon gehört?!
Ausbildung ist angesagt!

FAA - Umschulungswerkstätten Münster GmbH
Fachwerkstätten FARBE
Fachwerkstätten HOLZ
Fachwerkstätten METALL

weitere Info

Marianne Neurath Tel. 0251/ 27 44 46

Neue Arbeit

Seit einigen Jahren werden viele Menschen
sozusagen auf die Straße geworfen;
d. h. a r b e i t s l o s .
Sie müssen in den sauren Apfel beißen
und ihre Lebensweise verändern.

Arbeitslose möchten sich in der Gesellschaft anpassen.
Sie könnten dem Staat die Klage mitteilen:
A r b e i t f ü r a l l e .
Das wirkliche Leben ist aber ganz anders,
als es in schlauen Büchern geschildert wird.

Wenn Beschäftigte ein bißchen Arbeit frei machen würden,
dann wären neue Arbeitsplätze geschaffen;
d. h. a l l e i n A r b e i t .
Wir sollten darüber nachdenken und Versuche starten,
den Arbeitsmarkt in den normalen Zustand zu versetzen.

Burkhard Leydag, Münster, 1988

DGB - Schulterschluß mit den Konservativen?

Der 1. Mai gerät von der Rednerliste her immer mehr zu einem Profilierungstag der Konservativen. Da werden Leute eingeladen wie der Berliner Senator Ulf Fink, der nachhaltig die Gutsherrenthesen des Lothar Späth unterstützt (zur Erinnerung: Jugendlichen Arbeitslosen, die zwei Lehrstellen ablehnen soll die Sozialhilfe gekürzt werden).
Oder OB Twenhöven, der in Sachen Arbeitslosigkeit Münster als sehr bemüht darstellt. Schuld ist an allem natürlich das Land. Münster hat als reichste Stadt in NRW noch immer keinen Arbeitslosenpass!

Und der DGB spielt dazu die "Internationale". Vielleicht sollte der DGB den 1. Mai gleich auf den Volkstrauertag verlegen. Denn mit der ursprünglichen Idee Arbeitnehmerinteressen, geschweige denn Arbeitsloseninteressen zu vertreten, hatte die ganze Veranstaltung nichts mehr zu tun.
Unser Vorschlag für die nächste Veranstaltung: Gerhart Stoltenberg einladen, der kann den Arbeitnehmern dann auch gleich erklären, welche Aktie sie sich mit den 3.50 DM aus der Steuerreform kaufen sollen.
Mit unsolidarischen Grüssen
SPERRE

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Münsteraner Arbeitslosenzeitung SPERRE gibt es jetzt bereits im dritten Jahr. Nach den Anfangsversuchen hat sich nun ein fester Redaktions- und Mitarbeiterstamm etabliert.
Im Sommer '87 wurde der Verein "arbeitslose brauchen Medien e.V." gegründet, der als Herausgeber der SPERRE fungiert. Im Februar '88 konnten wir eine ABM-Kraft einstellen.
Wie Ihr sicher wißt, ist Zeitung machen teuer. Unsere finanziellen Verhältnisse sind zur Zeit nicht besonders rosig, deshalb sind wir auf Unterstützung angewiesen. Mit Spenden oder einem Förderabo könnt Ihr unsere Arbeit unterstützen.

FÖRDERABO: sechs Hefte ab 35,-DM jährlich. (incl. Porto)

Hier abtrennen -

An SPERRE
Achtermannstr. 7
4400 Münster

Ja, ich möchte die SPERRE mit einem Förderabo von ____ DM

Name: ______________________________

Anschrift: ______________________________

Datum: ______________ *Unterschrift:* ______________

SPENDENKONTO: Bank für Gemeinwirtschaft
Kto-Nr. 10 2121 34 00
BLZ 400 101 11